

Auch die Weltbank ist nach Aussage ihres Vizepräsidenten Karaosmanoglu (CD, 30.10.90) wieder bereit, China Kredite zur Verfügung zu stellen. Insgesamt bewilligte die Weltbank im Verlauf ihres letzten Geschäftsjahres (1.7.89-30.6.90) Kredite mit einem Umfang von 590 Mio.US\$ für China, dies sind über 50% weniger als die Gesamtkredite von 1,35 Mrd.US\$ im letzten Geschäftsjahr. Bei den mit Weltbank-Krediten finanzierten Projekten des letzten Geschäftsjahres handelt es sich um:

1. das nordchinesische Erdbebenprojekt. Hierfür wurden 30 Mio.US\$ (im Februar 1990) als Erdbebenhilfe für die Provinzen Shanxi und Hebei bewilligt. Das Programm sieht den Wiederaufbau von Dörfern, ländlichen Industriebetrieben und der Infrastruktur vor;
2. das landwirtschaftliche Entwicklungsprojekt in Jiangxi. Durch den Kredit von 60 Mio.US\$ soll die Provinzregierung bei der Intensivierung und Diversifizierung der landwirtschaftlichen Entwicklung unterstützt werden;
3. das Projekt zur beruflichen und technischen Ausbildung. Der Kredit in Höhe von 50 Mio.US\$ ist für die Ausweitung und Verbesserung der Lehrerausbildung bestimmt;
4. das Aufforstungsprojekt mit einem Kredit in Höhe von 300 Mio.US\$. Geplant ist in diesem Projekt, eine Fläche von 985.000 ha Nutzwald in 15 Provinzen intensiv zu bewirtschaften; und um
5. das landwirtschaftliche Entwicklungsprojekt in Hebei. Der Kredit von 150 Mio.US\$ wird zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktivität und der Marktfähigkeit landwirtschaftlicher Produkte eingesetzt, um auf diese Weise die ländliche Armut zu reduzieren.

(SWB, 11.10.90; NfA, 5.11.90; XNA, 6.10.90; AWSJ, 19.9. u. 24.9.90; FAZ, 10.10.90; CD, 20.9.90; HB, 13.11.90) -schü-

\*(35)

#### Ausländische Direktinvestitionen

Nach Angaben eines Sprechers des Ministeriums für Außenwirtschaft und Handel (MOFERT) wurden von Januar bis August 1990 4.107 Verträge über ausländische Direktinvestitionen mit einem Wert von 3,5 Mrd.US\$ abgeschlossen, 1,8 Mrd.US\$ sind davon bereits implementiert.

Verglichen mit der Höhe der realisierten Direktinvestitionen im Jahre 1989 von 5,59 Mrd.US\$ stiegen die Direktinvestitionen bis August d.J. nur relativ langsam.

Obwohl sich die ausländischen Investitionen in bestimmten Regionen, wie z.B. in der Provinz Guangdong in den letzten Monaten stark erhöhten (Anstieg der Investitionen im Mai und Juni 1990 um 44% gegenüber der Vorjahresperiode), ist eine verstärktes Engagement der ausländischen Investoren noch nicht absehbar. Dies wird auch das Tempo der Entwicklung der neu gegründeten Sonderwirtschaftszone Pudong in Shanghai beeinflussen, in der die chinesische Regierung mit ausländischen Investitionen in Höhe von 50 Mrd.US\$ rechnet. Auf der von Zu Rongji, Bürgermeister der Stadt Shanghai, organisierten Finanzkonferenz haben denn auch die als potentielle Investoren eingeladenen ausländischen Gäste ihre Bedenken hinsichtlich der langfristigen Stabilität geäußert und ihre Forderung nach notwendigen Wirtschaftsreformen vorgetragen.

Unsicherheit über die zukünftige Wirtschaftspolitik führte auch zum Rückgang der Investitionen europäischer Unternehmen in China im ersten Halbjahr 1990. Die Investitionen von Unternehmen aus den USA gingen im Vergleich zur Vorjahresperiode sogar um 71% im ersten Halbjahr 1990 auf 108 Mio.US\$ zurück. (CD, 1.10. u. 15.10.90; FT, 17.10.90; HB, 31.10.90) -schü-

---

## Binnenwirtschaft

---

\*(36)

#### Aufforstungsplan bis zum Jahre 2000

Einem langfristigen Aufforstungsprojekt der Zentralregierung zufolge, will China bis zum Jahr 2000 den Waldbestand von derzeit 124,65 Mio.ha auf 162,9 Mio.ha bzw. von 12,9% auf 17,1% ausweiten. Für dies Vorhaben sind Investitionen in Höhe von 24,8 Mrd.Yuan (rd. 8,1 Mrd.DM) vorgesehen, wobei 23,3 Mrd. Yuan für das Anpflanzen der Bäume und 1,5 Mrd. Yuan für die Pflege der Jungbäume bestimmt sind. Die Investitionsmittel

sollen sowohl von der Zentralregierung als auch durch Bankkredite und durch lokale Investitionen bereitgestellt werden.

Die geplante Vergrößerung der Waldflächen umfaßt die Aufforstung von 16 Mio.ha Nutzholzbeständen, 12 Mio.ha als Schutz gegen Umwelteinflüsse wie Erosion und Wind, 4 Mio.ha für die Brennholznutzung und 6 Mio.ha als Obst- und Nußbaumbestand. Die Aufforstung soll in Berggebieten die Waldflächen um 11,4 Mio.ha und in ehemaligen Holzeinschlaggebieten um 12,5 Mio.ha vergrößern; außerdem ist die Anpflanzung von Bäumen längs 12.000 km Eisenbahnlinien und 240.000 km Straßen vorgesehen. Wie bei ähnlichen Kampagnen in der Vergangenheit sollen auch wieder Bauern und städtische Einwohner zur Aufforstung herangezogen werden.

Gleichzeitig zum langfristigen Aufforstungsprojekt ist eine weitere Reduzierung des Nutzholzverbrauchs geplant, um die Waldbestände zu schonen. 1989 wurde der Holzeinschlag bereits um 6,7% auf 58,02 Mio.cbm gesenkt (1988: 62,18 Mio.cbm) und für 1990 ist ein Holzeinschlag von 60,6 Mio.cbm festgelegt. Auch der Holzimport wurde eingeschränkt; so fiel der Import seit 1988 und 1989 und auch im 1. Halbjahr 1990 kaufte China 51,3% weniger Holz als im Vergleich zur Vorjahresperiode.

Um den Verbrauch von Nutzholz zu reduzieren, ist eine Ausdehnung der Produktionskapazitäten von Holzspan-, Holzfasern- und Sperrholzplatten und ihre stärkere Verwendung in der Herstellung von Formkörpern geplant. Allerdings zeigt ein Beispiel aus der Bauindustrie, daß die Einsatzmöglichkeiten dieser Holzrestsortimente begrenzt sind. So ziehen Unternehmen in der Bauindustrie Massivholz vor allem deswegen vor, weil sie dies Holz nach der betrieblichen Nutzungszeit weiterverkaufen oder ihren Beschäftigten für die Möbelfertigung als Bonus anbieten können. (CD, 6.10.90; NfA, 16.10.90) -schü-

\*(37)

#### Erste Experimente mit Großhandels- und Terminmärkten für Getreide

In Zhengzhou, Hauptstadt der Provinz Henan, wurde am 12.10.90 ein Großhandels- und Terminmarkt für Weizen eröffnet. Die Provinz Henan ist der



größte Weizenproduzent Chinas (16,9 Mio.t 1989); über die Hälfte der jährlich zu frei vereinbarten Preisen zwischen den Provinzen gehandelten Weizenmenge kommt aus dieser Provinz.

Durch den Großhandelsmarkt soll der Weizenhandel zwischen den Provinzen erleichtert werden. Die Großhandelspreise können zwar durch Angebot und Nachfrage zustande kommen, doch gibt das Handelsministerium zusammen mit dem staatlichen Preisverwaltungsbüro Leitpreise in Form von Höchst- und Tiefstpreisen vor. Liegen die Eröffnungspreise über den festgelegten Höchstpreisen oder unter den Tiefstpreisen, wird der Markt automatisch geschlossen. Zu den Kontrollinstrumenten zählt auch die Festlegung von Aufkaufsquoten für die einzelnen Provinzen, regierungsunmittelbaren Städte und autonomen Gebiete. Weiterhin ist der Marktzutritt zunächst auf staatliche Handelsunternehmen beschränkt, soll jedoch bei Abschluß von Termingeschäften auch auf kollektive Handelsunternehmen ausgeweitet werden. Ausländische Unternehmen sind nicht zugelassen.

Auf dem Markt sollen zwar in erster Linie On-the-spot-Transaktionen abgewickelt werden, also Geschäfte, die eine sofortige Lieferung vorsehen. Der Abschluß von Termingeschäften, die den jetzigen Kauf oder Verkauf von Getreide zu einem fixen Preis für einen Lieferungstermin in der Zukunft vorsehen, soll jedoch auch möglich werden. Allerdings liegen hierzu noch keine Beispiele vor. Allgemein reduzieren Terminmärkte das durch Preisschwankungen entstehende Risiko für Produzenten und Händler.

Nach offiziellen Angaben werden jährlich ca. 70 Mio.t Getreide außerhalb des staatlichen Getreidean- und verkaufssystems gehandelt. Ziel der Getreidegroßhandelsmärkte soll es sein, diese Getreidemenge zu gleichen Bedingungen auf dem nationalen Markt anzubieten.

Geplant sind weitere Großhandelsmärkte in Chengdu, Provinz Sichuan, für den Handel mit Schweinen, in Wuhu, Provinz Anhui, für den Reishandel und in Changchun, Provinz Jilin, für den Handel mit Sojabohnen.

Neben der experimentellen Einführung von Großhandels- und Terminmärkten hat der Staatsrat im September die Bildung eines speziellen Lagersystems für Getreide beschlossen. In vielen ländlichen Gebieten sind durch die sehr gute Getreideernte in diesem Sommer die lokalen Getreidelager bereits gefüllt, so daß für die anstehende Herbsternste Lagermöglichkeiten knapp werden. Um den Bauern den Verkauf der Getreideernte zu garantieren, sollen neben der besseren Nutzung vorhandener Lagerhallen und dem Einsatz lokaler Mittel durch staatliche Investitionen in Höhe von 200 Mio. Yuan zusätzliche Getreidesilos gebaut werden, die der direkten Kontrolle durch die Zentralregierung unterstellt werden. Für 1990 plant die Regierung durch dieses zusätzliche Lagersystem 17,5 Mio.t Getreide aufkaufen zu können. Nach Aussagen von Liu Dongping, Vorsitzender der Chinesischen Getreidehandelsgesellschaft, wird sich die Entscheidung der Regierung zur Ausweitung des Getreidelagersystems negativ auf den Umsatz des Großhandelsmarktes in Zhengzhou auswirken. Da die Regierung beabsichtigt, den Bauern das Überschußgetreide zu einem höheren Preis als dem üblichen Aufkaufspreis abzunehmen, werden die Regionen mit einem hohen Getreidebedarf keinen Anreiz haben, Getreide auf dem Markt in Zhengzhou nachzufagen; sie werden stattdessen das zu einem niedrigeren Preis angebotene Getreide aus den staatlichen Getreidelagern kaufen.

Nach neuesten Schätzungen wird mit einer gesamten Getreideernte von rd. 420 Mio.t in diesem Jahr gerechnet. Zwar ist der Anstieg der Getreideproduktion für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung von großer Bedeutung, jedoch haben die Bauern mit Rekordernnten in den letzten Jahren viele negative Erfahrungen gemacht. Dazu zählten Probleme beim Verkauf ihrer vertraglich an den Staat abzuliefernden Getreidequoten und die aufgrund mangelnder Finanzmittel von den lokalen Aufkaufsstationen anstatt Bargeld ausgehändigten Berechtigungsscheine. Es bleibt abzuwarten, ob durch die den Bauern garantierte Abnahme der vertraglichen Aufkaufsquote und sämtlicher Getreideüberschüsse, für deren Finanzierung den lokalen Aufkaufsstationen kürzlich Kredite in Höhe von

ca. 60 Mio.Yuan zur Verfügung gestellt wurden, der Getreideverkauf für die Bauern verbessert wird.

Trotz der Steigerung der Getreideproduktion in den letzten Jahren sind die Pro-Kopf-Getreidemengen aufgrund der weiter wachsenden Bevölkerung zurückgegangen. Mangelnde Investitionen in die langfristige Ertragsstabilität sowie die im Vergleich zu anderen wirtschaftlichen Aktivitäten niedrigeren Einkommensmöglichkeiten im Getreideanbau trugen dazu bei, daß die Getreideproduktion nicht mit dem Bevölkerungsanstieg Schritt hielt. Ein weiteres Problem ist die zunehmende Getreideverschwendung. So werden aufgrund veralteter Saatechnologien jährlich 20 Mio.t als Saatgetreide eingesetzt; bei Einführung moderner Verfahren könnten 6,7-10 Mio.t gespart werden (in C.a. Sept.90, S.709 wurden irrtümlich 2 Mio.t bzw. 0,67-1,0 Mio.t genannt). Auch durch eine Modernisierung der rückständigen Tierzucht könnte die Getreideverschwendung eingeschränkt werden. Würde von dem derzeit 300 Mio. Tieren umfassenden Schweinebestand die Hälfte Mischfutter erhalten, könnten 7 Mio.t Getreide eingespart werden (in C.a. Sept.90, S.709 wurden irrtümlich 0,7 Mio.t genannt). Die Getreideverschwendung betrifft auch die stark subventionierten städtischen Preise für die zugewiesenen Getreiderationen, von denen viele städtische Einwohner einen Teil weiterverkaufen. Allerdings plant die Regierung, den Rationierungspreis für die städtische Bevölkerung im kommenden Jahr erstmals zu erhöhen. Chinesische Ökonomen gehen von einer Preissteigerung von ca. 20% aus. (BRu, 10.7.90; CD, 1.10., 13.10., 2.11. u. 8.11.1990; XNA, 16.10.1990; AWSJ, 15.10.90; SZ, 27./28.10.1990) -schü-

\*(38)

**Maßnahmen zur Erhöhung der Effizienz in staatlichen Unternehmen gefordert**

Als eines der dringlichsten Probleme betrachten chinesische Wirtschaftsexperten die niedrige Effizienz in der Industrie, insbesondere in den staatlichen Unternehmen. Von den Wirtschaftsexperten wird ein Industriemanagement gefordert, das Effizienzaspekte stärker berücksichtigt. Nur durch



eine Abkehr von der bisherigen Praxis des "extensiven" Managements, das durch large-scale Produktion und hohen Energieverbrauch charakterisiert wird, lasse sich ein vernünftiges Wirtschaftswachstum und die Wettbewerbsfähigkeit auf dem internationalen Markt aufrechterhalten.

Daß das bisherige Wachstum zu Lasten der Effizienz, der qualitativen und technologischen Innovation und der Ressourcen gegangen sei, mache folgende Entwicklung deutlich:

1. Obwohl der Bruttoproduktionswert der Industrie zwischen 1979-89 um durchschnittlich 12,4% pro Jahr stieg, sank der Anteil des Nettooutputwertes von 35,1% im Jahre 1978 auf 27,9% im Jahre 1989, also um 7,2%.
2. Die Gewinne gingen um 8,1% in diesem Zeitraum zurück, während sich die Produktionskosten in den staatlichen Unternehmen um 21% erhöhten. Von Januar bis Juli 1990 sanken die Gewinne in den staatlichen Unternehmen um 56% bzw. 19,7 Mrd. Yuan gegenüber der Vorjahresperiode. Die Verluste in den Unternehmen erhöhten sich bis Juli 1990 auf 15,1 Mrd. Yuan, also um fast das Doppelte im Vergleich zur Vorjahresperiode.
3. Untersuchungen belegen, daß zwischen 1979-89 nur 20% der Unternehmen technologische Innovationen durchführten und ein noch geringerer Teil über moderne Technik oder Managementwissen verfügt.
4. Trotz Energiemangel beträgt die Energienutzungsrate in der chinesischen Industrie lediglich 30%, in der UdSSR dagegen 40% und in den USA und Japan sogar 50%. Für die Erstellung des pro-Kopf-Bruttosozialprodukts benötigt China 5,3mal so viel Energie wie Japan, 2,3mal so viel wie die USA und 1,7mal so viel wie die UdSSR. Daraus folgt, daß China jährlich 300 Mio.t Energieeinheiten (in Standard-Kohleeinheiten) pro Jahr bzw. 30% der gesamten Energieproduktion verschwendet.

Diese negative Entwicklung wird insbesondere darauf zurückgeführt, daß der Bruttoproduktionswert als einziges Bewertungskriterium für den wirtschaftlichen Erfolg herangezogen wurde. Da außerdem das Angebot stets

geringer als die Nachfrage war, konnten sich auch schlecht wirtschaftende Unternehmen halten und Produkte mit einem niedrigen Standard anbieten. So kann erklärt werden, daß viele Unternehmen nur zögernd bereit sind, technische Innovationen einzuführen. Solange die Unternehmen ihre Produkte, ohne Sanktionen befürchten zu müssen, weiter herstellen können, brauchen sie sich kaum um die Marktnachfrage zu kümmern und erhalten auch dann staatliche Subventionen, wenn sich ihre Produkte nicht verkaufen.

An die Stelle des Bruttoproduktionswertes sollte die Relation von Gewinn zu Produktionskosten als Bewertungsmaßstab treten und ineffiziente Unternehmen, die Ressourcen verschwenden, Produkte von geringer Qualität herstellen oder in hohem Maße zur Umweltverschmutzung beitragen, negativ sanktioniert werden. Ineffiziente Unternehmen sollten entweder zur Produktion anderer Güter oder zur Fusion mit anderen Unternehmen gezwungen werden oder in Konkurs gehen. Um die Unternehmen zur Einsparung von Ressourcen zu bringen, müßten die Energie- und Rohstoffpreise erhöht werden (CD, 11.10.90).

Die Forderung nach Erhöhung der industriellen Effizienz taucht in den chinesischen Medien und im Maßnahmenkatalog der Regierung periodisch erneut auf. Auch in seinem Regierungsbericht vor dem Nationalen Volkskongreß im März 1990 geht Li Peng wieder auf dies Problem ein, indem er die geringe Effizienz als "Wurzel vieler gegenwärtiger Probleme" herausstellt. In seinem Regierungsbericht kündigte er an, den Schwerpunkt der Wirtschaftsreform in diesem Jahr auf die Vertiefung der Unternehmensreform zu legen, damit die Unternehmen auf vertraglicher Basis tatsächlich eigenverantwortlich wirtschaften können.

Die Reform der städtischen Industrieunternehmen wurde bereits auf der 3. Plenartagung des XII. Zentralkomitees der KPCh im Oktober 1984 beschlossen und in den folgenden Jahren schrittweise weiter ausgearbeitet. Sie sah insbesondere eine Trennung von Eigentums- und Bewirtschaftsrecht vor, wobei ähnlich wie in der Landwirtschaft ein Verantwortungssystem des Betriebsleiters im Mittelpunkt stand. Zwar sollten die Unternehmen im

Rahmen der staatlichen Planung die vertraglich festgesetzten Ablieferungsquoten erfüllen und einen Teil ihrer Gewinne abführen, doch als relativ selbständige Wirtschaftseinheiten Entscheidungsrechte in den Bereichen Produktion, Beschaffung und Absatz erhalten. Auch in den staatlichen Unternehmen sollte der Hauptverantwortliche für das Management der Fabrikdirektor sein.

Allerdings haben die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt, daß die Durchsetzung der Entscheidungsbefugnisse der Fabrikdirektoren einerseits durch lokale Verwaltungseinheiten beschränkt wird, die eine Anpassung der Unternehmen an den Marktbedarf erschweren, Märkte regional abschotten und unrentable Investitionsprojekte fördern. Durch steigende Gebühren- und Steuerforderungen dieser lokalen Verwaltungseinheiten an die Unternehmen wurden außerdem die Unternehmensgewinne zunehmend in Anspruch genommen. Andererseits erschwerte das duale Preissystem und das Fehlen relativer Knappheitspreise die Möglichkeiten der Unternehmen, effizient zu wirtschaften.

Vor allem das Problem der regionalen Wirtschaftsblockaden hat sich seit Beginn der restriktiven Wirtschaftspolitik im Herbst 1988 und der damit verbundenen Rückgänge des Einzelhandelsumsatzes erheblich verschärft. So berichtet beispielsweise FEER, daß allein in der Provinz Heilongjiang der Import [aus anderen Provinzen] von 20-30 Produkten untersagt und von über 100 Produkten erheblich beschränkt wurde. Um dieses sich gesamtwirtschaftlich negativ auswirkende Wirtschaftsverhalten zu verändern, soll nunmehr der Nationale Volkskongreß tätig werden. So wird ein Gesetz gegen regionale Marktabschottung, illegale Monopole und ein Steuersystem geplant, daß die Abhängigkeit der lokalen Regierungseinheiten von den Unternehmensgewinnen reduzieren soll; außerdem ist die dringend notwendige Anpassung der Rohstoffpreise vorgesehen.

Die negativen Auswirkungen der Zentralisierung von finanziellen Verfügungsrechten an den Unternehmensgewinnen von der Zentralregierung auf lokale Regierungseinheiten, wird von chinesischen Ökonomen mit dem Begriff "Feudalökonomie" umschrieben.



Allerdings wird von ihnen nicht die erneute Zentralisierung der Verfügungsrechte als Lösung der Widersprüche zwischen lokalen und nationalen Interessen verlangt. Vielmehr sollte die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Betriebe von den Lokalregierungen tatsächlich durchgesetzt werden. Jiang Yiwei, bekannter Ökonom und ehemaliger Direktor des Instituts für Industrieökonomie der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften, fordert in einem Artikel in *China Daily* von Ende Oktober ebenfalls die Trennung von Unternehmensmanagement und Regierungsadministration und stellt die Vorteile des flexiblen Managements der kollektiveigenen und privaten Unternehmen sowie der sino- ausländischen Joint Ventures dem vielen administrativen Beschränkungen unterliegenden Management in Staatsbetrieben gegenüber.

Fraglich ist jedoch, ob sich der Widerstand der lokalen Verwaltungseinheiten, die sich als eigentliche Eigentümer der staatlichen Unternehmen betrachten und ihre eigenen Interessen schützen wollen, überwinden läßt. Bemerkenswert ist bei der Diskussion um Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz in den staatlichen Unternehmen, daß die zu Beginn der Reformperiode bereits diskutierten Vorschläge der Umwandlung der Staatsunternehmen in Aktiengesellschaften von chinesischen Wirtschaftsexperten und auch von Chen Jinhua, Vorsitzender der Zentralen Wirtschaftsreformkommission, auch wieder aufgegriffen werden. (Inside China Mainland, July 1990, S.10; CD, 11.10., 24.10. u. 26.10.90; SWB, 11.10. u. 26.10.90; XNA, 13.10.90; FEER, 18.10.90) -schü-

stoppt werden." Diese für die chinesische Wirtschaftsbürokratie offensichtlich wieder "normale" Vorgehensweise scheint in den Provinzen Sichuan, Shandong und Liaoning besonders verbreitet. Die Leiter der betroffenen Unternehmen "waren zögerlich, die Schwierigkeiten zu erwähnen". Dieses gilt insbesondere für Unternehmen, die per Beschluß der Behörde von Kleinkollektivunternehmen zu Staatsbetrieben erklärt wurden. In anderen Fällen wurden Beschwerden unterdrückt bzw. den Betroffenen von seiten der Behörden gedroht, "die Versorgung mit Roh- und Halbmaterialien zu unterbrechen, die Ausgabe von Produktionslizenzen zu stoppen, den Unternehmen den Handel zu verbieten und die Bewertung der wirtschaftlichen Leistung herabzustufen". In den Berichten heißt es: "Die große Mehrheit der Dorf- und Stadtbetriebe, die sich die Verwaltungsabteilungen auf höherer Ebene aneigneten, hat eine gewisse Produktionsbreite, erfreut sich eines lebhaften Umsatzes und hat gute wirtschaftliche Ergebnisse erzielt. Der Hauptgrund, weswegen die verantwortlichen Behörden die Dorf- und Stadtunternehmen annektierten bzw. unter eine andere Verwaltung stellten, liegt darin, daß sie ihre Verwaltungseinheiten steigern und den Produktionswert erhöhen wollten." Die Praxis der örtlichen Wirtschaftsverwaltungen verstößt eindeutig gegen die Richtlinien der "Bestimmungen für Kollektivunternehmen in den ländlichen Gebieten Chinas", die erst kürzlich durch den Staatsrat verabschiedet wurden. (SWB, 19.10.90) -ma-

\*(40)

#### Kehrtwende in der Wirtschaftspolitik?

Die für Oktober 1990 vorgesehene 7. Plenartagung des 13. Zentralkomitees der KPCh, auf der die Entwürfe des anstehenden 8. Fünfjahresplanes und des Zehnjahresplanes bis zum Jahr 2000 beschlossen werden sollten, ist zunächst bis auf Ende des Jahres verschoben worden. Vor der Durchführung der Plenartagung wird zunächst eine nationale Wirtschaftskonferenz stattfinden, um den Wirtschaftsplan für 1991 festzulegen.

Die Verschiebung der Plenartagung kann einem Bericht der *IHT* zufolge als weiterer Hinweis auf die noch anhaltende Diskussion um die Inhalte des

Fünfjahresplanes gewertet werden. Der erste Entwurf des Fünfjahresplanes soll bereits nach Angaben der *IHT* den führenden Vertretern der Provinzen auf einer Ende September durchgeführten Tagung vorgelegt worden sein, sei von diesen jedoch abgelehnt worden. Dabei geht es nach *AWSJ* insbesondere um konträre Vorstellungen über das Tempo der Wirtschaftsreform: Während die konservativen Kräfte in der Partei zunächst die restriktive Wirtschaftspolitik weiter fortsetzen wollen, fordern die Reformkräfte eine Anknüpfung an das marktorientierte Reformprogramm von vor zwei Jahren.

Gegenüber dem Vizepräsidenten der Weltbank erklärte Li Peng Ende Oktober, daß zwar in den Schlüsselbereichen Energie, Kommunikation und Rohstoffversorgung die makroökonomische Kontrolle verstärkt würde, um ein stabiles Wachstum zu sichern. Andererseits sei jedoch geplant, die Rolle des Marktes weiter zu verstärken. Die Ankündigung Li Pengs, den Anteil der über Marktbeziehungen geregelten Wirtschaft weiter auszuweiten, scheint eine Abkehr von der von ihm bis dahin vertretenen Forderung nach Fortsetzung der restriktiven Wirtschaftspolitik zu sein.

Weitere Reformen kündigte auch Chen Jinhua, neuer Vorsitzender der Zentralen Wirtschaftsreformkommission an. Auf einem internationalen Symposium mit in- und ausländischen Führungskräften der Wirtschaft nannte er als wesentliche Aufgaben bei der Umstrukturierung der Wirtschaft im Rahmen des anstehenden 8. Fünfjahresplanes:

1. Fortsetzung und Vertiefung der Reform der städtischen Industriebetriebe durch Weiterentwicklung des Verantwortungssystems in den Unternehmen.
2. Schrittweise Freigabe der Preise für die meisten Güter mit Ausnahme einiger weniger Produkte, deren Preise weiterhin von der Regierung kontrolliert werden sollen.
3. Sukzessive Abschaffung des dualen Preissystems durch Anpassung und Freigabe der Güterpreise.
4. Einsatz markoökonomischer Beschränkungen, um die lokalen Marktbarrieren zu beseitigen und einen einheitlichen Markt herzustellen.

\*(39)

#### Illegale Übernahme von Betrieben

Nach einem Bericht der chinesischen Nachrichtenagentur haben in verschiedenen Teilen Chinas zahlreiche Verwaltungsabteilungen die sog. "Bewegung zur Verbesserung des wirtschaftlichen Umfeldes und zur Ausrichtung der wirtschaftlichen Ordnung dazu mißbraucht, sich Dorf- und Stadtunternehmen, die eine gewisse Produktionsgröße mit guten wirtschaftlichen Ergebnissen aufweisen, anzueignen". Die illegale Praxis habe "einen äußerst schlechten Einfluß gehabt. Dieser ungesunde Trend muß entschlossen ge-



Es bleibt abzuwarten, wie diese Reformvorhaben in dem noch diskutierten Entwurf des Fünfjahresplanes umgesetzt werden. (CD, 24.10. u. 30.10.90; IHT, 31.10.90; Le Monde, 31.10.90) -schü-

---

## Taiwan

---

\*(41)

### Erneute Zuspitzung des Streits mit Japan um die Diaoyutai (Senkaku)-Inseln

Im Berichtsmonat fanden in Taiwan wieder eine Reihe von anti-japanischen Demonstrationen statt. Grund war der Territorialstreit um die unbewohnten Klippeninseln Diaoyutai (japanisch Senkaku), die rund 190 km nordöstlich von Taiwan und 480 km südwestlich von Okinawa liegen. Am 21. Oktober besuchte eine Gruppe von Sportlern, Journalisten und Politikern aus Taiwan mit zwei Fischerbooten Diaoyutai. Sie wollte mit einer olympischen Fackel des "regionalen Sportfests" Taiwan auf den Inseln landen, um damit die Souveränität der Republik China über das Territorium zu demonstrieren. Die Weiterfahrt wurde 12 km vor den Inseln von acht Patrouillenbooten der japanischen Maritimen Sicherheitsbehörde verhindert. Fünf bis sechs taiwanische Kriegsschiffe, die 60 sm hinter den Fischerbooten fuhren und mit der Aufgabe betraut waren, diese zu schützen, griffen nicht ein. Die Regierung rief am 21. und 22. Dringlichkeitssitzungen ein und erhob scharfen Protest gegen Japan, doch gleichzeitig wurde betont, das Problem auf diplomatischem Weg lösen zu wollen. (LHB, ZYRB und CP, 22.-25.10.90; Xinxinwen, Taipei, 29.10.-4.11.90, S.32 ff.)

Die umstrittenen Inseln, die acht Riffe mit einer Gesamtfläche von 6,3 qkm umfassen, liegen geographisch nicht nur näher an Taiwan, sondern auch wie Taiwan - auf dem chinesischen Festlandssockel. Zwischen ihnen und der Ryukyu-Kette befindet sich ein Graben von 1.000-20.000 m Tiefe unter dem Meer. Historisch gesehen gehörten sie vor 1895 sowohl nach chinesischen als auch japanischen Dokumenten ebenfalls eindeutig zu Taiwan; denn Japan hat sie nicht 1879 mit Ryukyu, sondern 1895/96 mit Taiwan zusammen annektiert. Nicht eindeutig ist,

ob sie 1895-1945 zu Taiwan oder Ryukyu gehörten. Nach der japanischen Kapitulation im 2. Weltkrieg kehrte Taiwan zurück an China, und Ryukyu wurde von den USA besetzt. Die US-Luftwaffe benutzte die Diaoyutai als Bomben- und Schießübungsplatz. Andererseits wurde die Insel auch von taiwanesischen Fischern bei stürmischem Wetter als Zufluchtsort benutzt. Seinerzeit hat wohl keine Seite auf das Vorhandensein der winzigen öden Eilande besonders geachtet. Erst seit Ende der sechziger Jahre sind sie zum Zankapfel geworden, weil man nach einer Reihe von wissenschaftlichen Untersuchungen reiche Vorkommen an Erdöl und -gas unter dem Meeresboden um die Inseln vermutete. (Siehe ausführlich dazu Yu-Hsiu Nieh "Hintergründe des chinesisch-japanischen Inselstreits" in C.a. Mai 1978, S.279 ff.)

Um den territorialen Anspruch Taiwans auf Diaoyutai zu unterstützen, haben zahlreiche Intellektuelle in Taiwan und in den USA damals eine patriotische "Bewegung für die Verteidigung von Diaoyutai" (Baodiao Yundong) initiiert. Die Bewegung, die sich zuerst gegen die japanische und die US-Regierung gerichtet hatte, zielte zum Schluß auf die Regierung in Taipei, nachdem sie die Rückgabe der Diaoyutai an Japan durch die Amerikaner nicht verhindern können. Auch diesmal war bei den neuen anti-japanischen Demonstrationen scharfe Kritik gegen die Regierung zu hören, weil sie die Fahrt der zwei Fischerboote mit der Fackel nach Diaoyutai nicht konsequent unterstützt hatte. Viele waren empört, daß einige verantwortliche Politiker zur Zeit, als die Fischerboote von den japanischen Patrouillenschiffen zurückgedrängt wurden, nicht in ihrem Büro, sondern auf dem Golfplatz waren. Die Opposition forderte im Parlament Ministerpräsident Hao Bocom (Hau Pei-tsun) zum Rücktritt auf.

Vor 1972, als Japan Taipei noch als die legitime Regierung Chinas anerkannte, hatte Beijing im Diaoyutai-Streit ein politisches Alibi. Um die Guomindang-Regierung in Bedrängnis zu treiben, schürte es auch mit allen Mitteln die "Baodiao-Bewegung". Nach der Wende in der japanischen Chinapolitik bemühte sich Beijing aber wieder, die Bewegung abzuschwächen. Bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im September 1972 haben sich Beijing und Tokyo darauf geeinigt, die Lösung der Diaoyutai-Frage hinauszuschieben. Mitte April 1978 versammelten sich aber überraschend rund 200

chinesische Trawler vor der Diaoyutai-Gruppe, nachdem einige pro-taiwanesisch-Abgeordnete der japanischen Regierungspartei LDP von Tokyo den Bau eines Hubschrauber-Landeplatzes sowie eine Wetterbeobachtungsstation auf der Sankalu (Diaoyutai) gefordert hatten, um damit den Abschluß des Friedensvertrages zwischen Tokyo und Beijing zu torpedieren.

Anlaß zu der jüngsten Zuspitzung des Diaoyutai-Streits waren Überlegungen der japanischen Regierung Ende September, einen von der rechtsgerichteten Jugendorganisation "Nihon Seinen" 1978 (oder 1979) auf der Senhaku gebauten Leuchtturm nachträglich offiziell zu genehmigen. Im Gegensatz zu Taiwan hat Beijing diese Nachricht in China nicht verbreitet, weil die chinesische Führung den dritten japanischen Kredit in Höhe von rd. 5,8 Mrd. US\$ nicht gefährden möchte, den Tokyo infolge der Niederschlagung der Demokratiebewegung vom 4. Juni 1989 in Beijing zunächst eingefroren und erst kürzlich wieder freigegeben hat. Darüber hinaus befürchtet die chinesische Führung eine Wiederbelebung der regierungsfeindlichen Demokratiebewegung anläßlich des neuen Streits um die Diaoyutai-Frage mit Japan. Laut Bericht der Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* (November 1990, S.6 ff.) haben Studenten mehrerer Hochschulen in Beijing nach der Konfrontation der japanischen Patrouillenschiffe mit den chinesischen Fischerbooten aus Taiwan am 21. Oktober um Diaoyutai eine anti-japanische Demonstration geplant, doch alle Anträge wurden von den Behörden abgelehnt. In einigen Wohnvierteln von Beijing, so *Zhengming*, wurden Flugblätter mit den Schlagworten "Wir wollen die Diaoyu-Inseln haben, nicht den japanischen Yen!" verteilt.

Die japanische Regierung hat zwar ihren Anspruch auf die Senkaku ebenfalls bekräftigt und gegen die Aktion der taiwanesischen Fischerboote protestiert, doch sagte Ministerpräsident Toshiki Kaifu am 23. Oktober, daß Japan die Angelegenheit über den von der rechtsgerichteten Gruppe gebauten Leuchtturm "umsichtig verhandeln" wolle. (Kyodo News Agency, 23.10.90, zit. nach SWB, 25.10.90) Am gleichen Tag erklärte der Generalsekretär des japanischen Kabinetts, Misoji Sakamoto, daß die Inselfrage zwischen Japan, China und Taiwan von einer späteren Generation gelöst werden solle. (Kyodo News Agency, 23.10.90, zit. nach SWB, 24.10.90) -ni-